Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb CESI

E 5604

Der Vollzugsdienst

3/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung

Wissenschaftliche Studie durch Justus-Liebig-Universität geplant

Seite 1

Ehrenvorsitzender Franz Hellstern feierte seinen 80. Geburtstag

Maßgeblich an der Gestaltung der Verbandspolitik mitgewirkt

Seite 16

Vielfältige Aufgaben: „Die Realität der uniformierten Kollegen im Gericht"

„Fachgruppe der Gerichtsbarkeit" im BSBD Sachsen stellt sich vor

Seite 63

Aus der einen Krise in die Nächste?

Lesen Sie mehr dazu ab Seite 2

Foto: © studio v-zwoelf / stock.adobe.com

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung

1 Geplante Studie: Gewalt und Aggressionen gegen Bedienstete in Deutschland

2 Aus der einen Krise in die Nächste?

4 Bundesvorsitzender René Müller schildert MdB Johannes Fechner (SPD) die Situation im Strafvollzug

5 Respekt und Anerkennung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

6 Berufsende in Sicht – Annäherung an eine neue Lebensphase

LANDESVERBÄNDE

7 Baden-Württemberg
18 Berlin
24 Brandenburg
28 Hamburg
33 Hessen
38 Mecklenburg-Vorpommern
40 Niedersachsen
42 Nordrhein-Westfalen
56 Rheinland-Pfalz
61 Saarland
63 Sachsen
66 Sachsen-Anhalt
70 Schleswig-Holstein
71 Thüringen

67 Impressum

ERSCHEINUNGSTERMIN
der Ausgabe 4-5/2020:
13. Oktober 2020

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	**vollzugsdienst@bsbd.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Das Coronavirus und der Vollzug – Herausforderung angenommen! –

Starke Zusatzeinschränkungen führen allseits zu hohen Belastungen

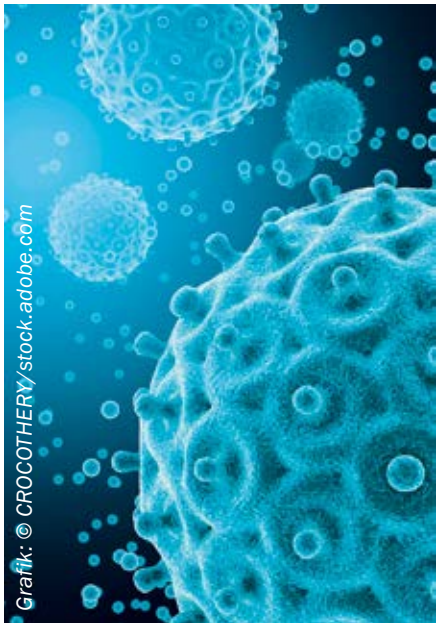
„Die Mitarbeiter in den Gefängnissen sind Helden dieser Krise“ –
Diese anerkennenden Worte stammen vom **Justizminister Guido Wolf (CDU)** und er zeigt damit einmal mehr, dass der Justizvollzug und dessen Verdienste für die Gesellschaft einen hohen Stellenwert haben – und das zu Recht.

Dem baden-württembergischen Justizvollzug ist es in diesen herausfordernden Zeiten gelungen, keine große Unruhe unter den Gefangenen aufkommen zu lassen und das trotz vieler einschneidender Maßnahmen, die zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus erforderlich waren und sind. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, sondern auch anders ablaufen kann, zeigten zum Beispiel die Meldungen über Aufstände in italienischen Gefängnissen, bei denen es sogar Tote gab. Es ist der großen Einsatzbereitschaft, Besonnenheit und dem gezeigten Verständnis der Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Anstalten zu verdanken, die trotz eigener Unsicherheit und Ängste im Hinblick auf die nie dagewesene Situation sowie der Sorgen um die eigene Gesundheit und die der nächsten Angehörigen hervorragende Arbeit geleistet haben und weiter leisten.

Als die Besuchszeit der Gefangenen zunächst auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert und kurze Zeit später die Besuche komplett ausgesetzt wurden, fürchteten viele Kollegen, dass dies von den Gefangenen nicht einfach hingenommen wird, schließlich weiß doch jeder, dass der Besuch für die Gefangenen eins der wenigen Highlights im sonst recht tristen Haftalltag darstellt und ihnen deshalb heilig ist. Durch Entgegenkommen wie die Ausweitung der Telefonzeiten, der Einführung von Videotelefonie und dem Verzicht auf Erhebung von TV- und Stromgebühren wurde angestrebt, bei den Gefangenen keinen übermäßigen Frust wegen der einschränkenden Maßnahmen aufkommen zu lassen. Diese Kompensationen wurden gut angenommen und scheinen – zumindest bislang – den erhofften Erfolg zu erbringen.

Dies waren jedoch nicht die einzigen für die Gefangenen, aber auch für die Bediensteten spürbaren Auswirkungen der Pandemie. Mancherorts kam die Gefangenenarbeit nahezu ganz zum Erliegen. In vielen Anstalten traten andere Dienstpläne und Tagesabläufe in Kraft, etwa weil zur Einsparung von Personal bzw. zum Getrennthalten von Dienstgruppen statt drei Schichten nur noch zwei am Tag im Dienst sind. Daneben wurde der Sammeltransport bundesweit eingestellt und die meisten Vorführungen zu Gericht fielen aus, weil die Gerichte ihren Dienstbetrieb auf das zwingend erforderliche Mindestmaß reduziert haben.

Für einige Verwirrung sorgten in weiten Teilen des Vollzugs die gegensätzlich anmutenden Maßgaben der Aufsichtsbehörde, einerseits Bediensteten, die altersbedingt zur Risikogruppe gehörten, die Möglichkeit einzuräumen, sich von Dienst freistellen zu lassen, aber andererseits eine Abfrage bei Pensionären vorzunehmen, wer sich vorstellen könnte, während der Krise wieder den Dienst aufzunehmen. Rund 60 pensionierte Kolleginnen und Kollegen erklärten sich dazu bereit.


Grafik: © CROCOTHERY/stock.adobe.com

Erfreulich und nach Jahren der Überbelegung eine deutliche Entlastung war der Beschluss, dass die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen, Erzwingungshaft und Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten gemäß § 455a StPO vorläufig bis Mitte Juni 2020 ausgesetzt bzw. unterbrochen wird. Dies hatte bislang die Entlassung von rund 600 Gefangenen und einen deutlichen Rückgang an Neuzugängen zur Folge. Die freigewordenen Belegungskapazitäten ermöglichten so eventuell zwingend notwendige Isolationen von Corona-Verdachtsfällen. Noch offen ist allerdings die Frage, wann und wie die Vollstreckung der o. g. Strafen nachgeholt werden wird, nachdem diese nicht erlassen, sondern ihre Vollstreckung nur verschoben worden ist.

Justizminister Guido Wolf. *Foto: BSBD LV BW*

Bemerkenswert und sehr positiv ist auch, dass die Zahl der bestätigten Infektionsfälle im Vollzug in Baden-Württemberg noch überschaubar bleibt. Dies wird nicht zuletzt mit der frühen Reaktion auf die mögliche Gefahr zusammenhängen. Bereits mit Runderlass vom 3. März 2020 wurden den Anstalten von der zentralen Hygienekommission Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Eindämmung der Infektionsgefahr zur Verfügung gestellt. Diese wurden flächendeckend umgesetzt, allerdings mit Ausnahme derer, die in die Eigenverantwortung der Gefangenen fallen. Schutzmaßnahmen wie das Abstandsgebot und die Empfehlung auf Begrüßungsrituale wie Händeschütteln etc. zu verzichten werden nämlich von Seiten der Gefangenen oft nicht beachtet, sondern nur belächelt. Umso wichtiger ist es deshalb für die Kolleginnen und Kollegen „an der Front“, die Kontakte zu Gefangenen auf das dienstlich absolut notwenige Maß zu beschränken, um sich zu schützen.

Zusammenfassend lässt sich trotz der ganzen Mehrbelastungen und Entbehrungen wegen Corona sagen, dass die Krise vom Vollzug bislang gut bewältigt wurde und nun vorsichtig gehofft werden kann, dass das Gröbste bereits überstanden und die Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona bald behutsam gelockert werden können. Welche Exitstrategie für den Vollzug die richtige ist, wird sich aber noch zeigen müssen. *tem* ■

Bereits am 30. März 2020 hatte sich der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid an alle Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugsanstalten mit einer flächendeckenden Rund-E-Mail und einer Seite auf unserer BSBD-Homepage (www.bsbd-bw.de) gewandt:

„Wir wissen, worauf es jetzt ankommt“

Der Justizvollzug und seine Beschäftigten bewähren sich in der Zeit der Herausforderung

BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid. *Foto: BSBD BW*

Liebe Mitglieder des BSBD,
liebe Kolleginnen
und liebe Kollegen,
in diesen schwierigen Zeiten zeigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug von Baden-Württemberg, was in ihnen steckt.
Solidarität, Zusammenhalt und Zusammenarbeit über die verschiedenen Dienstbereiche und Laufbahnen hinweg, Hinschauen und ohne zu zögern helfen, persönliches Engagement weit über die Erwartungen des Dienstherrn hinaus, Lücken schließen, die sich auftun, ohne zu zaudern – ich bin wirklich begeistert. Und nicht nur ich bin sehr beeindruckt.
Der Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf hat mir gegenüber am Samstag, dem 28. März 2020 nochmals betont, dass er schon vor der aktuellen Herausforderung durch die Corona-Krise höchsten Respekt für die Beschäftigten im Justizvollzug gehabt habe, da schon zuvor die Rahmenbedingungen, an deren Verbesserung er engagiert weiterhin arbeite, sehr angespannt gewesen seien.
Dass nun der Justizvollzug mit seinen Bediensteten trotz nochmals gestiegener Anforderungen ein solcher „Fels in der Brandung“ sei, beeindrucke erneut und nachhaltig. Gleiche Töne vernehme ich bei meinen regelmäßigen Telefonaten mit der Leitung der Abteilung Justizvollzug im Ministerium der Justiz und für Europa.

***

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich bin stolz, Teil einer solchen Mannschaft zu sein, und ich bin stolz, Euch zu Mitgliedern des ***BSBD*** *zählen zu können.*

Ich bin stolz auf Euch und auf unsere Gemeinschaft!

Bleibt gesund und haltet durch!

Euer
Alexander Schmid ■

Wir bleiben für euch im Dienst – bleibt ihr für uns zu Hause

#bleibtzuhause #stayathome

Viele systemrelevante Berufe, die im Dienst der Menschen nicht zu Hause bleiben können, beteiligten sich während der letzten Wochen weltweit an einer Foto-Aktion.

Unter den o. g. Hashtags finden sich zwischenzeitlich unzählige Bilder. Neben den Bereichen Verkauf, Polizei und Gesundheitswesen, um nur einige zu nennen, durfte natürlich auch der Vollzug nicht fehlen. Ein Team der JVA Stuttgart beteiligte sich deshalb an der Aktion und setzt damit ein Zeichen der Solidarität zur Systemrelevanz. *tem* ■

Foto: BSBD-OV Stuttgart

Abstand halten, aber trotzdem zusammen stehen

Landesvorsitzender Alexander Schmid im Gespräch mit Minister Guido Wolf und den CDU-Abgeordneten Arnulf Freiherr von Eyb und Karl Zimmermann

Auch wenn in Zeiten von Corona viele Dinge in den Hintergrund zu treten haben, bleibt der BSBD weiter auf der politischen Bühne. So nutzte der Landesvorsitzende Alexander Schmid die Sitzung des Landtages am 7. Mai 2020, um sich am Rande des Plenums mit dem Minister der Justiz und für Europa – Guido Wolf MdL – sowie dem rechtspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion – MdL Arnulf Freiherr von Eyb – und dem Strafvollzugsbeauftragten der CDU-Fraktion – MdL Karl Zimmermann – auszutauschen.

Neben den anstehenden zahlreichen Gesetzes- u. Verordnungsänderungen, die nun demnächst in den baden-württembergischen Landtag eingebracht werden sollen und die zu Verbesserungen auch im Justizvollzug führen werden, waren die Parlamentarier auch sehr an der aktuellen Situation im Justizvollzug vor dem Hintergrund der Corona-Krise interessiert.

Von links: Karl Zimmermann MdL, Justizminister Guido Wolf MdL, BSBD - Landesvorsitzender Alexander Schmid und Arnulf Freiherr von Eyb – vor dem Landtag in Stuttgart – und mit Abstand.

Foto: Pressestelle JM BW

Das Gespräch behandelte folgende Themen:

- Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Wahloption der freien Heilfürsorge im Justizvollzug.
- Schaffung des Eingangsamts A 7 im mittleren nichttechnischen Dienst.
- Anpassung der Erhöhung des Ausgleichsbetrages analog zur Polizei – wie vom **BSBD** dauerhaft gefordert.
- Änderung der Erschwerniszulagenverordnung in § 19 Absatz 2 für den Bereich der Sicherheitsgruppe Justizvollzug.

Hier konnte Landesvorsitzender **Alexander Schmid** ein in weiten Teilen positives Bild zeichnen. Er betonte dabei deutlichst, dass sich zeige, wie zuverlässig in den aktuell sehr schwierigen Zeiten mit den Beschäftigten des Justizvollzuges gerechnet werden könne und dürfe, damit aber auch die Hoffnung und Erwartung verbunden seien, dass die erforderlichen weiteren Reformen im Justizvollzug nicht aus den Augen verloren werden dürften. Hierzu zählten neben den baulichen Notwendigkeiten hauptsächlich die Bereiche der Personalausstattung und der finanziellen Attraktivität der Laufbahnen. „Es darf keine Einbahnstraßensituation bei der Solidarität entstehen“ so der **Landesvorsitzende Schmid.** *als/wok* ■

BSBD im Gespräch mit politisch Verantwortlichen

Videokonferenz des BSBD mit der SPD-Fraktion am 14. Mai 2020

Auch wenn die Vorgabe in Zeiten von Corona heißt: Abstand halten, bedeutet dies noch lange nicht, sich nicht intensiv zu Themen des Justizvollzuges weiterhin auszutauschen.

Vor diesem Hintergrund hatten die Rechtspolitiker der **SPD-Landtagsfraktion MdL Dr. Boris Weirauch (Rechtspolitischer Sprecher der Fraktion) und MdL Jonas Weber (Strafvollzugsbeauftragter der Fraktion)** zusammen

MdL Dr. Boris Weirauch.

MdL Jonas Weber.

Simone Gessmann.

Fotos (3): HP Landtag bzw. SPD

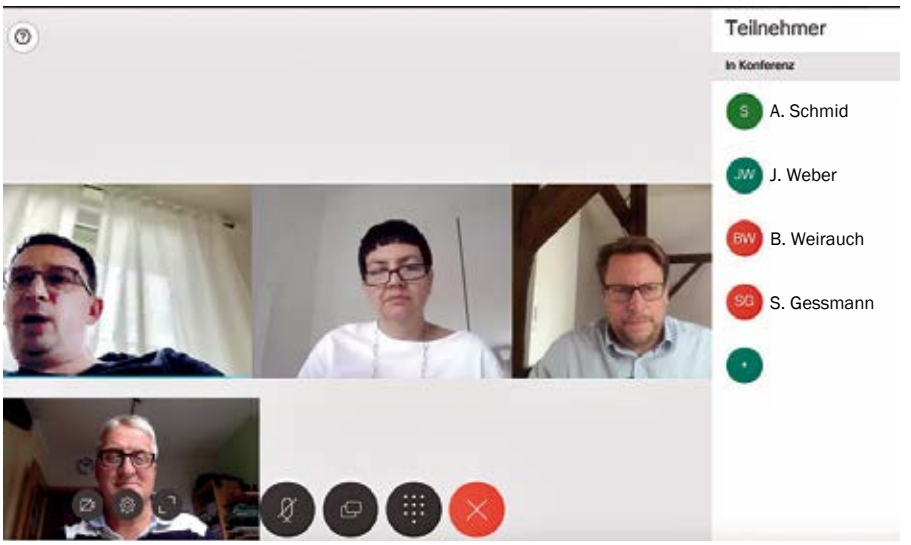
Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

mit der **parlamentarischen Beraterin Frau Simone Gessmann** den **BSBD** zu einem Austausch im Rahmen einer **Videokonferenz** eingeladen.

BSBD-Landesvorsitzender **Alexander Schmid** und der Landesfachgruppensprecher für den Vollzugsdienst im Justizvollzug **Jürgen Scheike** waren dieser Einladung sehr gerne nachgekommen.

Jürgen Scheike, der im Vollzugsdienst der Justizvollzugsanstalt Mannheim tätig ist und dort auch das Amt des Vorsitzenden des örtlichen Personalrates bekleidet, war auf besonderen Wunsch des Mannheimer Landtagsabgeordneten **Dr. Weirauch** mit dabei, auch, um zum aktuellen Geschehen rund um die Thematik Corona in der Justizvollzugsanstalt Mannheim zu berichten.

Ein spannender Austausch der über eine Stunde dauerte und sich mit der aktuellen Situation des Justizvollzuges, den Geschehnissen in der Justizvollzugsanstalt Mannheim, den besonderen landesweiten Herausforderungen für alle Justizvollzugsbediensteten aufgrund der Corona-Pandemie und vielen anderen Punkten beschäftigte, zeigte, wie interessiert die Parlamentarier der **SPD** an „Echtzeitberichten" sind und diese auch in ihre Arbeit einfließen lassen wollen – ein Gewinn für beide Seiten.



Von links: MdL Jonas Weber, parlamentarische Beraterin Simone Gessmann, MdL Dr. Boris Weirauch, unten Landesvorsitzender Alexander Schmid – nicht im Bild Jürgen Scheike. *Foto: BSBD BW*

Der BSBD ist sehr dankbar, dass die SPD-Fraktion – trotz vieler Terminschwierigkeiten in der aktuellen Lage – diese Kontakte zum „Sprachrohr" der Bediensteten des Justizvollzuges, nämlich zum BSBD, fortwährend sucht und pflegt. *als/wok* ■

Gesprächsangebot SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrter Herr **Schmid**,
uns ist bewusst, dass die aktuelle Lage auch für die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten des Landes eine große Herausforderung darstellt.
Als Arbeitskreis Recht und Verfassung der **SPD-Landtagsfraktion** sind wir weiterhin sehr daran interessiert, mit Ihnen in Kontakt zu bleiben, insbesondere auch im Hinblick auf die Sorgen und Nöte, die die jetzige Situation und ihre Folgen für Ihre wertvolle Arbeit mit sich bringen.
Ich weiß, dass Sie sowohl mit meinem Kollegen und Strafvollzugsbeauftragten **MdL Jonas Weber** sowie mit unserer parlamentarischen Beraterin **Frau Gessmann** auch dazu regelmäßig in Kontakt stehen.
Sollte darüber hinaus Gesprächsbedarf bestehen, kommen Sie bitte jederzeit per E-Mail auf uns zu.
Gerne können wir auch einen Termin für eine gemeinsame Telefon- oder Videokonferenz vereinbaren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Boris Weirauch
Rechtspolitischer Sprecher ■

Coronakrise fordert hohen Tribut:

Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann muss ausfallen

Im **VOLLZUGSDIENST 2/2020** hatten wir auf Seite 15f. unter dem Titel: **HOHE ANERKENNUNG FÜR DEN BSBD-LANDESVERBAND** mit freudiger Erwartung über die Einladung der baden-württembergischen Justizverbände in das Staatsministerium in Stuttgart zum 24. April 2020 berichtet.

Dass hierzu auch der **BSBD**-Landesverband wie selbstverständlich dazugezählt worden war, bedeutete nicht nur für uns eine hohe Anerkennung. Gerne hätten wir in diesem Heft über die Ergebnisse – für den Justizvollzug – aus der ganz herausragenden Begegnung berichtet.

Doch nun hat – wie bei fast allem – die Coronakrise einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht; das gemeinsame Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, dem Justizminister und dem Chef der Staatskanzlei wurde mit großem Bedauern abgesagt – mit folgendem Schreiben:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Ministerpräsident Kretschmann hatte Sie zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch für Freitag, den 24. April 2020, um 12:30 Uhr in das Staatsministerium, Villa Reitzenstein – Gobelinsaal, Richard-Wagner-Straße 15, 70814 Stuttgart, eingeladen.

Leider kann dieser Termin aufgrund der aktuellen Lage nicht stattfinden. Angesichts der herausfordernden Zeiten, in denen wir uns bei der Bekämpfung der CoronaPandemie befinden, weiß ich um Ihr Verständnis hierfür und danke Ihnen dafür.

Sie hatten uns weitere Teilnehmer/innen aus Ihren jeweiligen Verbänden und Vereinen benannt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese möglichst zeitnah von dieser Terminaufhebung benachrichtigen würden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Jens Braunewell
Leiter des Referats 16: Justiz und Recht, Vergabeprüfung, Gesetzblatt, Gnadensachen, Bürokratieabbau ■

BREITSEITE GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Wer soll das bezahlen?!

Die große Finanzlage des Landes Baden-Württemberg ist gegenwärtig wohl kaum überschaubar und aufgrund der Faktenlage auch noch keineswegs regelbar. Derzeit gelten immer noch an oberster Stelle, die systemrelevanten Bereiche – wozu auch der Justizvollzug gehört – nachdrücklich zu unterstützen sowie den angeschlagenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen aller Art so gut es geht zu helfen. Da kommen schnelle unausgegorene Lösungsmodelle zur Unzeit und sind deshalb völlig abwegig.

Genau das ist aber passiert, und zwar mit einer massiven landesweiten Aktion der **AFD-Landtagsfraktion**, die mit einer plakatartigen Anzeigenschaltung in großen Tageszeitungen kategorisch fertige Sparmaßnahmen „verfügte".

Nun ist der **BSBD** ein parteipolitisch neutraler Verband, dies wird schon in seiner Satzung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Aber zu den plakativ dargebotenen Äußerungen kann und darf der Landesvorstand nicht schweigen.

***

Auf dem Plakat ist Folgendes zu lesen:

Diese Finanzstrategie braucht das Land! Jetzt!

HAUSHALTSSPERRE

- ***Revision von Landeshaushalt und Landesbeteiligungen: Was ist verzichtbar?***
- ***Monatliche Steuerschätzungen.***
- ***Zuzahlungen zum Länderfinanzausgleich und an die EU auf den Tisch!***

KÜRZUNGEN

- ***der Diäten der Landtagsabgeordneten,***
- ***der Besoldung der Minister und Staatssekretäre.***

STOPP

- ***von Einstellungen bei Beamten – Ausnahme Polizeidienst,***
- ***von Beförderungen bei allen Landesbeamten,***
- ***von Anpassungen bei Beamtengehältern.***

(V.i.S.d.P. Emil Stänze MdL)

***

Der **BSBD**-Landesvorstand fragt sich, was soll diese absolut einseitige Positionierung gegen den öffentlichen Dienst und damit natürlich auch gegen den Justizvollzug? Was zurzeit vielmehr gefragt ist, ist gemeinsames politisches Handeln, um diese schlimme Corona-Pandemie im Griff zu behalten und nach Möglichkeit mit hohen vernünftigen und mit wissenschaftlich abgesicherten Maßnahmen eindämmen zu können. Ob ein völliger Stillstand überhaupt erreichbar ist, weiß heute noch niemand. Aber was derzeit sehr wichtig ist, sind politische Solidarität und mehr demokratische Beteiligung an einer tragfähigen Zukunftsgestaltung. Davon ist in dem **AFD**-Plakat aber auch gar nichts zu finden. *(Der Vorstand hat darauf verzichtet, das Plakat in vollem Format abzudrucken, um der unsäglichen Propaganda nicht auch noch eine weitere Plattform zu bieten.)*

Kaum jemand wird anzweifeln, dass am Ende eine Gesamtrechnung aufgemacht werden muss und wird, die die Frage nach einer dann notwendigen langfristigen Konsolidierung stellt und pragmatische Gedanken dazu entwickelt. Jetzt aber schon vorauseilend einseitige Sonderopfer zu fordern, ist der vollkommen falsche populistische Weg. Weiter gedacht würde diese sinnlos abgefeuerte Breitseite die Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes sehr stark beeinträchtigen, wenn nicht gar seinen Bestand in Frage stellen. Damit wird zudem allgemein der gesellschaftliche Zusammenhalt sabotiert.

In dem Plakat ist auch nichts davon zu lesen, dass es anderswo sehr viel finanzstärkere Bereiche gibt, wo auch heute noch großzügig Dividende, Erfolgsprämien und Boni verteilt werden, aber trotzdem sehr laut nach staatlicher Unterstützung gerufen wird. *(Vielleicht könnte hierzu auch mal Art. 14 Abs. 2 GG gelesen werden.)*

So wird die Krise und auch die langfristige Konsolidierung der Landesfinanzen nur zu bewältigen sein, wenn gangbare Wege der Politik mit Beteiligung relevanter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte gefunden und zielgerichtet begangen werden können. Die Lösungsansätze müssten also für die Bevölkerung sozial und finanziell ausgleichend sein und nicht einzelne Gruppen – wie die Beamten – einseitig und hoch belasten. So ist auch der **BSBD** zur Mithilfe an solchen Gemeinschaftsprojekten gerne bereit.

Im Folgenden will der BSBD-Landesvorstand in Anlehnung an die verlässliche Presse versuchen, einige Realfakten zu diesem schwierigen Thema beizutragen.

In der STUTTGARTER ZEITUNG vom 29. April 2020 hat die Autorin **Christiane Rebhan** unter dem Titel **„Vier Milliarden Euro weniger in der Landeskasse Baden-Württemberg"** geschrieben (Auszug):

… Finanzministerin **Edith Sitzmann (Grüne)** ging „auf die Entlastungen und Hilfen während der Corona-Pande-

Karikatur von Harm Bengen

Contra Missverständnisse: Rettungsschirme werden im Augenblick von Beamten und Beamtinnen zwar keineswegs benötigt, diese können aber auch nicht auserkoren werden, die Schuldenlasten aus der Verteilung der Rettungsschirme ganz alleine zu stemmen.

mie ein: Nachdem der Landtag die Regierung dazu ermächtigt hatte, dürfen nun trotz der Schuldenbremse Kredite von bis zu fünf Milliarden Euro aufgenommen werden. Auch die Mittel des Bundes (1,45 Milliarden) fließen in die Rücklage für Haushaltsrisiken, aus Landesmitteln sind bislang 1,367 Milliarden für Corona-Zwecke vorgesehen – insgesamt stehen in Baden-Württemberg bisher 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Hinzu kommen steuerliche Entlastungen in einer Dimension, wie es das noch nicht gegeben hat. Sollte das Paket ausgeschöpft werden, hätte es einen Umfang von 6 Milliarden Euro. Unternehmen können sich Steuern stunden lassen, Vorauszahlungen reduzieren und Verluste, die sie in diesem Jahr erwarten, mit Gewinnen des Vorjahres verrechnen. Zudem zahlt das Land weitere 100 Millionen Euro an die Kommunen, um unter anderem Eltern zu entlasten, die Gebühren für geschlossene Kitas zahlen, sagte die Ministerin."

… Zudem „rechnet die Regierung wegen der Coronakrise mit stark sinkenden Steuereinnahmen. Genau beziffern kann die Finanzministerin die drohenden Summen noch nicht. Doch wie es aussieht, muss die Landesregierung mit Mindereinnahmen aus Steuern in Höhe von mindestens vier Milliarden Euro rechnen. Das wären zehn Prozent weniger als das, wovon das Land bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 ausgegangen ist…. Belastbare Aussagen könne sie erst treffen, wenn die Steuerschätzung des Landes Mitte Mai vorliegt. Wie hoch die Ausfälle genau werden, hänge davon ab, wie tief der konjunkturelle Einschnitt ist und wie lange dieser Zustand andauere…."

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin Christiane Rebhan von der Redaktion der STUTTGARTER ZEITUNG)

***

Nach einem weiteren Artikel in der STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 7. Mai 2020 äußerte sich Finanzministerin **Sitzmann** auch zu der von der **AFD**-Fraktion im Landtag beantragten und von **GRÜNEN, CDU, SPD** und **FDP** abgelehnten Haushaltssperre. Eine solche könne für Landesausgaben wegen der Corona-Krise nicht völlig ausgeschlossen werden.

Man müsse die Steuerschätzung Mitte Mai abwarten. Ob eine Sperre nötig sei, hänge von der Entwicklung der Konjunktur, der Steuereinnahmen und der Ausgaben ab. Derzeit werde im Finanzministerium eine Haushaltssperre

Foto: HP FinMin

Finanzministerin Edith Sitzmann.

nicht gesehen. Allgemein bedeute eine Haushaltssperre zumindest teilweise eine Streichung der Ausgaben, die zwar im Etat eingeplant seien, auf die aber notfalls verzichtet werden könne. Die Details würden von der konkreten Ausgestaltung abhängen.

Der BSBD ergänzt hierzu: Eine problematische Parallelkonstellation in der Landespolitik, wobei auch der Justizvollzug betroffen ist, ergibt sich aus dem Umstand, dass seit Februar 2020 vom Finanzministerium der 131 Seiten umfassende Text vom **Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer Rechtsvorschriften** vorliegt. In der Zielsetzung heißt es, dass im Besoldungsrecht und in anderen Bereichen des Dienstrechts sich an verschiedenen Stellen ein Anpassungsbedarf ergeben hat. Mit diesem Gesetz sollen die erforderlichen Rechtsänderungen umgesetzt werden.

Nach den Ressortabstimmungen in der Landesregierung laufen derzeit die Anhörungen der Verbände, Berufsgruppen und anderer Institutionen, die überwiegend ihre Stellungnahmen bereits abgegeben haben.

Auch der **BSBD-Landesvorsitzende** wurde angefragt und hat die sich für die Justizvollzugsbediensteten ergebenden positiven Änderungen sehr begrüßt und unterstützt – insbesondere die Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen Beihilfe und Freier Heilfürsorge sowie die Anhebung des Eingangsamtes im mittleren Verwaltungsdienst. Es bleibt inständig zu hoffen, dass die oben beschriebene, sehr angespannte Finanzlage des Landes hier keinen dicken Rotstrich durch die Rechnung macht.

Jedenfalls wird der **BSBD-Landesverband** hierauf ein sehr wachsames Auge haben. *wok* ■

Erfolgreiches Agieren vor Ort

Kritik am „Wärter" in der Presse

Wie vom Ortsverband Rottweil demonstriert wurde, zeigt, dass auch auf Ortsebene erfolgreich der ärgerliche und völlig unzutreffende Begriff „Wärter" in der regionalen Presse angegangen werden kann und so nicht immer gleich nach dem Landesvorstand gerufen werden muss. In gleicher Weise hat es auch schon **Uwe Zielinski** vom OV Mannheim geschafft, dass aus einer großen Mannheimer Zeitung diese völlig veraltete und auch als diskriminierend empfundene Bezeichnung ausgemerzt worden ist.

Hier der konkrete Fall:

In einem Bericht über eine nur wenige Stunden dauernde Flucht eines Gefangenen, der im Zusammenhang mit einer Ausführung zu einem Zahnarzt entwichen war, hat eine große regionale Tageszeitung am 2. Mai 2020 wieder einmal von „Wärtern" gesprochen.

Hierauf reagierte unser **Kollege Günter Bosch** – Revierbeamter der JVA-Ast Villingen im Ruhestand und noch Kassier des OV Rottweil – mit folgendem Schreiben:

Betr.: Bericht vom 02.05.2020, Seite 1

Flucht auf dem Weg zum Zahnarzt

Sehr geehrte Damen und Herren,
im o. g. Bericht bezeichnen Sie den Vollzugsbeamten als Wärter. Diese diskriminierende Berufsbezeichnung sollte endlich aus den Medien verschwinden, weil wir in den Justizvollzugsanstalten keine Tiere bewachen, sondern immer noch Menschen.
Auch wir haben das Recht, dass wir in der Öffentlichkeit mit der korrekten Berufsbezeichnung benannt werden.

Unsere offizielle Berufsbezeichnung lautet: **Justizvollzugsbeamter*in im Strafvollzug.**
Wärter gab es früher im Zoo. Auch dort legen die Angestellten eine Ausbildung zum Tierpfleger ab und werden als solche bezeichnet.
Sie können sich gerne auf der Homepage des **BSBD – Gewerkschaft Strafvollzug Baden-Württemberg –** über die Ausbildung und die Arbeit der Kollegen und Kolleginnen im Strafvollzug informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Bosch,
Justizvollzugsbeamter i. R.

Bereits zwei Tage später war die Antwort der Redaktion des SÜDKURIER auf dem E-Mail-Konto unseres Kollegen Bosch:

***

AW: Bericht im Südkurier vom 02.05.2020

Sehr geehrter Herr Bosch,

eine Diskriminierung des Berufsstandes des Justizvollzugsbeamten war keinesfalls unsere Absicht.
Wir sind aber sehr dankbar über Ihren Hinweis, den ich selbstverständlich an die Redaktion weitergegeben habe, um weitere „Missgeschicke“ zukünftig zu vermeiden.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und verbleibe
mit freundlichen Grüßen
Mandy Schmidt
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Assistentin der Chefredaktion

***

Aus den langjährigen Erfahrungen des **BSBD**-Landesvorstands mit diesem leidigen Thema „Wärter“ sei angemerkt, dass in den letzten Jahren der Gebrauch dieses Begriffs in den großen überregionalen Zeitungen des Landes sowie auch im Bund und selbst in der Boulevardpresse zunehmend zurückgegangen oder tatsächlich völlig verschwunden ist. Nach den Recherchen des **BSBD**-Pressereferenten, der all diese Presseerzeugnisse aufmerksam beobachtet, war es häufig so, dass junge Reporter oder Redakteure diesen Begriff „Wärter“ noch verwendeten; dies sei – wie manche sagten – „ökonomischer“, weil die korrekte Bezeichnung „Justizvollzugsbeamter“ oder „Justizvollzugsbeamtin“ zu lang und zu sperrig sei, so dass der „Lesefluss“ bei ihren Artikel sehr gestört würde. Dabei ist es erstaunlich, dass der „Wärter“ gerade bei jungen Leuten sich noch in ihrem Sprachrepertoire tummelt, da er ja auch in anderen großen Einrichtungen wie Zoos oder bei Sicherheitsdiensten u. ä. ganz und gar verschwunden ist. Es ist in diesem altersbezogenen Kontext jedoch nicht auszuschließen, dass dieser diskriminierende Begriff in den digitalen Medien wieder Einzug hält, da dort in vielen Bereichen Verunglimpfungen und Beleidigungen – oder noch viel Schlimmeres – gang und gäbe sind.

Foto: BSBD-LVBW

Bei der traditionellen Presse – auch im Internet – können wir aber durchaus eine günstige Entwicklung erkennen, was auch damit eng und maßgeblich zusammenhängt, dass es dem **BSBD** und dem Justizministerium gelungen ist, unseren Beruf als kompetent ausgebildete/r Justizvollzugsbeamter und -beamtin in seiner realen Bedeutung, in seinen hohen Anforderungen und Belastungen in der Öffentlichkeit und auch in der Politik sehr deutlich darzustellen.

Die damit einhergehende höhere Wertschätzung ist deshalb mit dem „Wärter“ völlig unverträglich – inkompatibel; zudem zählen wir inzwischen ja auch zu den „Systemrelevanten“.

Richtig und umso wichtiger war deshalb auch Aktion unseres **Kollegen Günter Bosch** vom Ortsverband Rottweil. *wok* ■

„Da geht etwas voran im Tarifbereich“

Fachgruppe Tarifvertreter zu Gast bei der BGV in Karlsruhe

Am 29. November 2019 fand das Fachgruppentreffen der Tarifvertreter aus den einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes bei der BGV in Karlsruhe statt. 13 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung der Landesfachgruppenvertreterin Sabine Glas gefolgt und hatten sich an diesem Tag in Karlsruhe eingefunden, um sich zu den Kernthemen „Befristung und Eingruppierung“ auszutauschen.

Mit dabei waren der stellvertretende **BSBD**-Bundesvorsitzende und Tarifbeauftragte der Bundesleitung des **BSBD Sönke Patzer** sowie die stellvertretende Vorsitzende des **HPR Sabine Bischof** mit ihren **HPR-Mitstreitern Ute Eble** und **Daniel Meurer.** Zum Thema Befristung konnte landesweit für die Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften eine Entfristung nach drei Jahren erreicht werden. Dies wurde auch weitestgehend in den Justizvollzugsanstalten umgesetzt. Die Entfristung der verbliebenen Ausnahmen im Justizvollzug steht weiterhin im Fokus der Fachgruppe.

Die Fachgruppe „Tarifvertreter“ war zu Gast bei der BGV in Karlsruhe. *Foto: BSBD-LV BW*

Sabine Glas meinte dazu: „Als **Landesfachgruppensprecherin Tarif** im **BSBD** werde ich weiter intensiv an dieser Thematik arbeiten. Durch kontinuierliche Gespräche mit den entsprechenden Verantwortlichen konnte zum Thema **Befristung** dieser große Erfolg verzeichnet werden, wobei positiv festzustellen ist, dass das Ministerium der Justiz und für Europa diese Thematik auch zunehmend im Blick hat und versucht, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positiv wirkende Entwicklungen voranzutreiben.“

Auch dem Thema der **Eingruppierung** wurde bei dem Treffen viel Zeit gewidmet. Gespräche mit Anstalts- und

Verwaltungsleitungen sowie den örtlichen Personalräten in den Justizvollzugsanstalten zeigten sehr deutlich, dass auch von Seiten der Arbeitgeber eine Änderung der Entgeltordnung im **TV-L** gewünscht und gefordert wird.

Aktuell ist die **TV-L** Entgeltordnung Nr. II 12, Beschäftigte im Justizdienst, in 2 Gruppen unterteilt.

- 12.1. Beschäftigte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften können bis zur Entgeltgruppe 9,
- 12.2. Beschäftigte im allgemeinen Justizvollzugsdienst können bis zur Entgeltgruppe 7 eingruppiert werden.

Sehr gerne wären Anstalts- und Verwaltungsleitungen in manchen Fällen bereit, Kolleginnen und Kolleginnen, die im Vollzug sehr gute Arbeit leisten, höher einzugruppieren.

In der Praxis übernehmen Tarifbeschäftigte im Justizvollzug hoheitliche Aufgaben wie Stockwerksdienste, Aus- und Vorführungen, Besuchsüberwachungen, Werkdienst, Krankenhausbewachungen etc. und auch in der Verwaltung findet man sie häufig wieder. Eingesetzt werden diese tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen unter anderem zur Überbrückung längerer Abwesenheiten von Beamten (z. B. wegen Krankheit, Elternzeit etc.).

Inzwischen ist es möglich, Tarifbeschäftigte als Anwärter für die Beamtenlaufbahnen zu übernehmen. Eine sehr gute Sache, aber was ist mit fachlich kundigen Tarifbeschäftigten, die schon Jahre sehr gute Leistung bringen und aus Altersgründen nicht mehr verbeamtet werden können?

Ziel des **BSBD** in allen Bundesländern ist es nach wie vor, auch Justizvollzugsbediensteten eine Höhergruppierung bis E9 zu ermöglichen und bei den nächsten Tarifverhandlungen erneut darauf hinzuwirken, die Aufteilung der EGO 12 II in 12.1 und 12.2 aufzuheben und in die EGO 12 II zusammenzuführen. Auf Landesebene werden diesbezüglich bereits Gespräche mit Vertretern aus der Politik geführt.

Auch mit dem Thema **Streik** hat sich die Fachgruppe befasst. Im Rahmen der letzten Verhandlungen habe es nach Ansicht des stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Sönke Patzer** vonseiten der Verhandlungsführer der Arbeitgeber kein Gehör für die Probleme und Forderungen des **BSBD** gegeben. Für den Fall, dass es auch bei den nächsten Tarifverhandlungen keine Verständigung gibt, könnte mit Streik reagiert werden.

Über die konkrete Planung mit Praxisbezug und zum rechtlichen Hintergrund würden die **BSBD**-Ortsverbände und Personalräte rechtzeitig und umfassend in geeigneter Weise in Kenntnis gesetzt werden. Die Streiks werden in aller Regel über die Dachverbände **dbb** und **BBW-Beamtenbund und Tarifunion** organisiert, nachdem ein entsprechender Streikaufruf durch den **dbb** erfolgt sein wird.

Einigkeit innerhalb der Fachgruppe bestand auch darin, dass Gespräche über die Interessen von angestellten Ärzten, Pflegekräften, Sozialarbeitern etc. weitergeführt werden sollen. Eine noch bessere Vernetzung der einzelnen Fachgruppenvertreter des **BSBD** wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert.

Weiter plant die Fachgruppe eine Veranstaltung zur Rentenberatung.

sag/tem

Jahreshauptversammlung 2019 des Ortsverbandes Freiburg

Reger Austausch in gemütlicher Runde in der Gaststätte Mooswald-Bierstüble

Am 10. Dezember 2019 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Mooswald-Bierstüble in Freiburg statt. Der erste Vorsitzende Daniel Meurer konnte leider nur 21 Mitglieder begrüßen, darunter den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Verwaltungsleiter der JVA Freiburg Peter Zielinski, Alexander Rees, der ebenfalls stellvertetender Landesvorsitzender ist, und einige Pensionäre. Auch der Landesvorsitzende Alexander Schmid war der Einladung nach Freiburg gefolgt.

Zunächst gedachte man des verstorbenen **BSBD**-Mitglieds **Herbert Kopp**, anschließend ging man zur Tagesordnung über, die einstimmig genehmigt worden war.

Der Vorsitzende Daniel Meurer berichtete anfangs über die Aktivitäten des Ortsverbandes im abgelaufenen Berichtszeitraum.

Eine Delegation aus dem OV Freiburg hatte an der Landeshauptvorstandssitzung des **BSBD** teilgenommen und auch bei der Personalräteschulung in Hößlinsülz war der Ortverband vertreten. Beim Ländertreffen des **BSBD,** welches im November 2019 in Baden-Württemberg am Bodensee stattgefunden hatte, waren ebenfalls Vorstandsmitglieder des OV Freiburg dabei und nutzten die interessante Möglichkeit, sich länderübergreifend auszutauschen. Aber auch auf Ortsverbandsebene fanden verschiedene Aktivitäten statt. Unter anderem wurde wieder ein Grill(Hähnchen) fest abgehalten, welches gut besucht war. Einige Pensionäre nutzten diesen Rahmen gerne, um auf „aktive“ Kollegen zu treffen und sich mit diesen auszutauschen.

Auch wurden Vorstandssitzungen abgehalten sowie Zusammentreffen für neue Bedienstete organisiert, um den **BSBD** vorzustellen.

Im Weiteren wurden die Personalratswahlen besprochen. Es war erfreulicherweise gelungen, dass sowohl im örtlichen Personalrat als auch im **HPR** Kollegen vom OV Freiburg vertreten

Landesvorsitzender Alexander Schmid und OV-Vorsitzender Daniel Meurer.

Von links: Bruno Baumgärtner, Daniel Meurer, Matthias Vogginger, Alexander Schmid. Kollege Baumgärtner wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt. *Fotos (3): BSBD-OV FR*

sind. Anschließend bilanzierte **Philipp Hog,** Kassierer des OV Freiburg, ein positives Jahr, das er mit einem deutlichen Plus in der Kasse abschließen konnte. Die Mitgliederzahl hielt sich konstant bei 316 Mitgliedern.

Zum Abschluss seines Kassenberichtes bedankte sich **Philipp Hog** bei seiner Vorgängerin **Maria Bohr** für die gute Einarbeitung sowie die Unterstützung während seiner Amtszeit.

Die Kassenprüfung wurde durch die Kollegen **Harry Krüger** und **Tobias Walter** durchgeführt. Letzterer attestierte eine einwandfreie, saubere Führung der Kassengeschäfte und schlug dann dem Gremium die Entlastung des Kassierers vor, welche einstimmig beschlossen wurde.

Dann folgten die Berichte der Fachgruppenvertreter. **Kollege Thiel** berichtete von zwei Tagungen, die er besucht hatte. Aktuelle Themen waren die Einführung der freien Heilfürsorge sowie die massiven Personalprobleme im allgemeinen Vollzugsdienst.

Thiel bedankte sich für die letzten Jahre bei allen, die ihn während seiner Tätigkeit als Fachgruppenvertreter unterstützt hatten, nachdem er aus Altersgründen nicht mehr für eine weitere Amtszeit kandidieren wollte.

Für die **Fachgruppe Werkdienst** informierte **Alexander Rees** die Anwesenden, dass **Gerold Steiner** aus Ulm zum Landesfachgruppensprecher gewählt wurde. **Rees** bedankte sich auch bei **Alexander Schmid** für dessen Engagement im **BSBD.**

Bernd Allgaier erzählte von einer in der JVA Freiburg stattgefundenen Tagung, inklusive Anstaltsbesichtigung mit Schwerpunkt auf der Abteilung für Sicherungsverwahrung.

Blick in die Versammlungsrunde.

Michael Bank teilte mit, dass das Fachgruppentreffen für den mittleren Verwaltungsdienst ausgefallen war und in der 2. Januarwoche 2020 nachgeholt werden soll.

Heinz Wintergerst von der **Fachgruppe Senioren** berichtete über regelmäßige Treffen in Emmendingen. Dort wurden unter anderem Fachvorträge über aktuelle Themen wie Beihilfe, Erbrecht usw. angeboten, die gut von den Mitgliedern angenommen wurden.

Nachdem alle Berichte vorgebracht und besprochen waren, standen die Wahlen auf der Tagesordnung.

Die Wahlleitung übernahm der Landesvorsitzende **Alexander Schmid.**

Im Einzelnen wurden folgende Ämter gewählt:

- 2. Vorsitzender:
  Matthias Vogginger, wiedergewählt
- Kassierer:
  Philipp Hog, wiedergewählt
- Schriftführerin:
  Hanna Ernst, neu gewählt

Fachgruppensprecher:

- Vollzugsdienst:
  Jörg Waldmann, neu gewählt
- Werkdienst:
  Joachim Boos, neu gewählt
- geh. Verwaltungsdienst:
  Andreas Rothböck, wiedergewählt
- mittl. Verwaltungsdienst:
  Michael Bank, wiedergewählt
- Sanitätsdienst:
  Leander Fix, neu gewählt
- Außenstellen:
  Holger Nutto, wiedergewählt
- Weibliche Bedienstete:
  Sarah Urbano, neu gewählt
- Junge Bedienstete:
  Christian Gonser, neu gewählt
- Pensionäre:
  Heinz Wintergerst, wiedergewählt.

***

Nach der Entlastung der Vorstandschaft des OV Freiburg, die ebenfalls einstimmig erfolgte, sprach Landesvorsitzender **Alexander Schmid** über aktuelle Themen des Landesverbands und verwies auf die erfreulichen Ergebnisse für den Justizvollzug im Haushalt 2020/2021.

Zum Abschluss bedankte sich **Daniel Meurer** bei allen Anwesenden für ihr Kommen und wünschte ein frohes Weihnachtsfest.

Nach Beendigung des offiziellen Teils ließ man den Abend noch bei einem gemeinsamen Abendessen und bei feinen Getränken mit guten Gesprächen ausklingen.

Daniel Meurer
Mathias Vogginger

Ehrenvorsitzender FRANZ HELLSTERN feierte 80. Geburtstag

Nach Jahrzehnten maßgeblicher Gestaltung der Verbandspolitik immer mit dem BSBD verbunden

Neben seiner Familie stand auch für den BSBD-Landesverband am Samstag, den 18. April 2020, ein ganz herausragendes frohes Ereignis an: Ehrenvorsitzender Franz Hellstern beging seinen 80. Geburtstag.

Im Namen des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und des gesamten **BSBD**-Landesvorstands gratulierte Justiziar **Gerhard Maurer-Hellstern,** der zugleich Schwiegersohn des Jubilars ist, unserem Ehrenvorsitzenden **Franz Hellstern** mit herzlich-kollegialen Glückwünschen zu seinem Fest und überreichte ihm ein edles Weinpräsent.

Den Jubilar erreichten bei guter Gesundheit an seinem Ehrentag – situations- und abstandsbedingt – unzählige Anrufe und digitale Glückwünsche, und das richtige Fest wird – seiner Ankündigung zufolge – gebührend nachgeholt werden.

Gerhard Maurer-Hellstern (links) gratulierte Franz Hellstern. *Foto: privat*

Dem Anlass und vor allem dem Ehrenvorsitzenden angemessen sei ein kurzer historischer Rückblick erlaubt. Man muss sich das anschaulich vor Augen führen: Als **Franz Hellstern** 1961 in das baden-württembergische Gefängniswesen eintrat, gab es noch das Zuchthaus, die Landesgefängnisse und für die Untersuchungshaft die Amtsgerichtsgefängnisse; es galten noch die DVollzO und die UVollzO. Die Umbenennung in Justizvollzugsanstalten und die vollzugsrechtliche sowie praktische Umwidmung erfolgte erst durch die Große Strafrechtsreform aufgrund des Ersten Strafrechtsreformgesetzes vom 25. Juni 1969. Die größte Zäsur im Strafvollzug der Bundesrepublik erlebte **Franz Hellstern** aber mit allen Kollegen und Kolleginnen durch die Einführung des **Strafvollzugsgesetzes**, verkündet am 16. März 1976 und in Kraft getreten am 1. Januar 1977.

So war er stets in die wohl einmaligen geschichtsträchtigen Entwicklungen und Umwandlungen des Justizvollzugs der 1970er und 80er Jahre eingebunden – und hat sie mit all ihren Höhen und Tiefen nicht nur erlebt, sondern auch durch seine **BSBD**-Funktionen maßgeblich und erfolgreich – und stets mit kritischem Blick – mitgestaltet.

Zur **BSBD**-Vita von **Franz Hellstern** ist neben hohem Engagement und viel Arbeit folgendes hervorzuheben: Beim Landesdelegiertentag 1980 in Kirchzarten/Schwarzwald wurde er als Nachfolger des zuvor aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Vorsitzenden **John Gahlen** zum Landesvorsitzenden gewählt; dieses Amt bekleidete er bis Oktober 1994. Es war hauptsächlich geprägt durch Arbeiten an der Reform des Strafvollzugs (StVollzG u. a.), einer bundeseinheitlichen Neuordnung der Besoldung und Versorgung und die Schaffung besserer Rahmen- und Arbeitsbedingungen für das Personal. Viele Laufbahnangelegenheiten, Dienstplan- sowie Dienstbekleidungsfragen sorgten für heftige Diskussionen bei Ortsverbandsversammlungen und Landesausschusssitzungen.

Höhepunkte der verbandlichen Tätigkeit waren die Landesdelegiertentage mit jeweils bis zu 400 Teilnehmern aus allen Ortverbänden und Fachgruppen. Es ist in Erinnerung, dass er bei seinen vielen Reden als Lieblingswort oft „Engagement“ gebrauchte, wobei er dies nicht nur von anderen forderte, sondern selbst im hohen Maße vorlebte. Im Oktober 1994 wurde **Franz Hellstern** als Nachfolger von **Reinhold Frank,** der aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr kandidierte, zum Bundesvorsitzenden des **BSBD** gewählt. Da damals der Strafvollzug noch Bundesangelegenheit war, erinnert sich der Chronist an einzelne Auftritte in der „Tagesschau“ zur Primetime, wenn **Franz Hellstern** zu „außerordentlichen Vorkommnissen“ befragt wurde – auch dies meisterte er souverän und unaufgeregt kompetent. In dieser Zeit übernahm er auch die Schriftleitung der Fachzeitschrift **„DER VOLLZUGSDIENST“** und als Autor die Herausgabe des **„Handbuch für den Strafvollzug“** im **„Walhalla-Verlag“.** Es ist allseits bekannt, dass in der vordigitalen Zeit dieses Handbuch zum Bestseller in der Strafvollzugsschule – und bei nicht wenigen Leitungspersönlichkeiten in den Anstalten – wurde, enthielt es doch alle einschlägigen Gesetze und VwV um die Gebiete Strafe, Vollzug, Beamtentum u.v.a.m. **Franz Hellstern** war auch acht Jahre Mitglied des Hauptpersonalrates beim Justizministerium Baden-Württemberg und er gehörte sechs Jahre zum Bundeshauptvorstand des **dbb.**

Im Oktober 2000 gab er das Amt des Bundesvorsitzenden an seinen Nachfolger ab, den leider viel zu früh verstorbenen Kollegen **Wolfgang Schröder** aus Rheinland-Pfalz.

Im April 2003 ist **Franz Hellstern** nach 42 Dienstjahren in den Ruhestand getreten. Aus diesem Anlass wurde er mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes geehrt, wobei ganz herausragend sein ehrenamtlicher Einsatz für die Menschen im und um den Justizvollzug gewürdigt wurde.

Nach seinem Ehrentag meldete sich **Franz Hellstern** beim jetzigen Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und er brachte seine große Freude sowie seinen Dank für die Glückwünsche und das überreichte Geschenk zum Ausdruck. Er bemerkte auch, dass es wohltuend sei zu wissen, dass man sich noch an den „alten“ Ehrenvorsitzenden erinnert, der immer mit dem **BSBD** verbunden sein wird und gerne an die Zeiten zurückdenkt, in denen er maßgeblich die Verbandspolitik mitgestaltete.

Der **BSBD**-Landesverband BW kann damit ebenso seine tiefe herzliche Verbundenheit mit seinem Ehrenvorsitzenden **Franz Hellstern** bekunden.

wok ■

Uwe Haubold neuer Ortsverbandsvorsitzender in Karlsruhe

Jahreshauptversammlung 2020 des OV Karlsruhe

Von links: Uwe Haubold, Sabine Glas, Daniel Grüning, René Hellriegel, Rolf Essinger.

Fotomontage: BSBD-OV Karlsruhe

Am 12.03.2020 hielt der BSBD-Ortsverband Karlsruhe seine Jahreshauptversammlung ab. Rolf Essinger, Schriftführer des OV Karlsruhe, begrüßte alle anwesenden Mitglieder, Pensionäre und Gäste, unter denen sich auch der Landesvorsitzende Alexander Schmid befand.

Nach der Begrüßung erhob sich die Versammlung zur Totenehrung und gedachte der verstorbenen Mitglieder mit einer Schweigeminute.

Es folgten die Berichte des Vorsitzenden und des Kassiers. Kassier **Hermann Forro** zeigte im Kassenbericht auf, dass auch im vergangenen Jahr wieder gut gewirtschaftet worden war, und er konnte sich von Kassenprüfer **Dirk Schmitt** eine einwandfreie Kassenführung bescheinigen lassen.

Nachdem die Vorstandschaft und der Kassier entlastet worden waren, folgten die Neuwahlen des Vorstandes.

Gewählt wurden:

- **Uwe Haubold** zum **1. Vorsitzenden,**
- **Daniel Grüning** zum **2. Vorsitzenden,**
- **René Hellriegel** zum **Kassier,**
- **Rolf Essinger** zum **Schriftführer,**
- **Sabine Glas** zur **Beisitzerin.**

Nach den Wahlen informierte Kollege **Daniel Grüning** über den geplanten Ausflug 2020 nach Berlin.

Ehrungen

Für 40 Jahre aktive Mitgliedschaft erhielten sodann Pensionärin Elisabeth Leonhard die silberne und für 50-jährige aktive Mitgliedschaft Kurt Grimm die goldene Ehrennadel.

Es folgte ein Beitrag von **Herrn Söffner** von der **BGV** Karlsruhe zum Thema Dienstunfähigkeitsversicherung.

Weiter gewährte der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** den Anwesenden einen Einblick in die Arbeit des Landesvorstands und sprach über die aktuellen Themen des **BSBD.**

Durch Kollege **Rolf Essinger** wurde der offizielle Teil der Sitzung sodann mit einer Danksagung an die Unterstützer des Ortsverbands beendet, bevor in gemütlicher Runde noch gemeinsam gegessen und getrunken wurde.

An dieser Stelle auch vielen Dank an die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Kollegen **Christian Ludwig** und **Hermann Forro** für die in der vergangenen Amtsperiode geleistete Arbeit.

Daniel Grüning/tem

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
Ortsverband Rottweil

Nachruf

Wir trauern um unser Mitglied

Rüdiger Marquart

12.11.1964 – 22.03.2020

der im Alter von nur 55 Jahren von uns gegangen ist.

Rüdiger trat nach seiner Glasergesellen- und Wehrdienstzeit im Oktober 1986 seinen Dienst in der Justizvollzugsanstalt Rottweil an. Unser Kollege und Kamerad brachte sich stets für die Interessen unserer Gewerkschaft im Strafvollzug ein. Er prägte die Strukturen im Kollegenkreis immer freundlich, verständnisvoll, sehr engagiert, umsichtig, zielstrebig und ganz besonders humorvoll.

Wir sind ihm unendlich dankbar und werden ihn nicht vergessen.

Mach et jut Rüdi.

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Aus dem Vollzug, für den Vollzug!
www.bsbd.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997
Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"
Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.
Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.
Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken